

Archiv

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

-4. SEP 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

8 XVIII/167

Bonn, den 4. September 1963

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
	Freie Bahn den Unbelasteten	52
	Junge Beamte nach vorn !	
2 - 3	Falsches Spiel mit den Mieten	54
	Zwischenbilanz einer verfehlten Maßnahme Von Dr. Hans Henrich	
4	Bauherr Europas	49
	Zum Eode von Robert Schuman	
<u>ANHANG</u>		
5 - 6	Franco-Spanien gerät in Bewegung	507
	Der Bergarbeiterstreik in Asturien - ein mahnerdes Zeichen Von * * *	

Chefredakteur Günter Markscheffel

Freie Bahn den Unbelasteten

Junge Beamte nach vorn!

Der - Die Verhaftung des Leiters der Kriminalpolizei in Muenzburg, die Beschäftigung von früheren SS-Führern in einer Behörde, - keiner beliebigen Behörde - die über unser aller Sicherheit zu wachen hat und die in diesem Zusammenhang abgegebenen Erklärungen des Bundesinnenministeriums über die Unersetzlichkeit dieser Beamten sind wohl nicht geeignet, den ausserpolitischen Kredit der Bundesrepublik zu mehren. Das Bundesinnenministerium hat sich die Sache etwas leicht gemacht; sein Hinweis, eine Entlassung oder eine anderweitige, weniger die Kritik herausfordernde Verwendung der besagten SS-Führer wäre ein Risiko, kann nicht unbesehen hingenommen werden. Welche sonderbare Einstellung, Menschen nur deshalb in verantwortlichen Ämtern zu behalten, um zu verhindern, daß sie in unangenehmen Enthüllungen aufwarten... Eine Behörde die sich in solche Abhängigkeit begibt, legt sich selbst Hindernisse in der Erfüllung ihrer Aufgaben in den Weg.

Ob es wirklich unvermeidlich war, in den Jahren des Wiederaufbaus unseres staatlichen Lebens, da man buchstäblich vom Nullpunkt beginnen mußte, auf Leute zurückzugreifen, die im Terrorapparat des Dritten Reiches an hervorragender Stelle standen, sei dahingestellt. Dieser Einwand zeugt freilich mehr von Leichtfertigkeit als von politischem Fingerlingsgefühl. Zugegeben, für die vielzitierte Bewältigung der Vergangenheit fehlte im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik so manche psychologische und auch dokumentarische Voraussetzung. Viele mögen geglaubt haben, mit den Nürnberger Prozessen sei schon alles getan worden und es gab auch hier und da Befriedigung darüber, daß diese Abrechnung die Siegermächte vollzogen und sich Deutsche damit nicht "beflecken" mußten. Die Flucht vor der Vergangenheit, das sich Verschließen vor der düstersten Epoche deutscher Geschichte, erwies sich freilich als ein nicht gangbarer Ausweg. Nicht nur den Ausland, gerade vor unserer Jugend sind wir als schuldig, unser Haus in Ordnung zu halten.

Inzwischen ist eine neue Generation herangewachsen, sie hat die Schrecken des tausendjährigen Reiches als Kinder erlebt und selbst jene, die als Jugendliche, freilich gebrannte Jugendliche, jene Jahre überlebten, uns vor den Trümmern standen, kann man nicht mit den Sünden ihrer Väter belasten.

- * Diese Jugend, heute zur mittleren Generation zählend, sieht sich freilich oft in ihrem Werdegang und in ihrem beruflichen Fortkommen von den Älteren blockiert. Hier gilt es, Wege frei zu schaffen und den Prozeß der Ablösung zu beschleunigen.
- * Berückend ist der Gedanke, daß vielleicht einmalige hohe SS-Führer und Leute von Einsatzkommandos in den von Dritten Reich besetzten Ländern den Aufstieg befähigter Polizei- und Sicherheitsbeamten zu höheren Stellen sperren, nur weil es die Vorschriften so verlangen.

Jene sind aufgewachsen und haben die berufliche Leiter erklimmt in einer Atmosphäre des Terrors und der Menschenverachtung, diese, die Jüngeren, erlebten die Luft der jungen deutschen Demokratie und lernten, im Menschen den Mitmenschen zu sehen. Sie bringen - unzweifelhaft - die besseren Voraussetzungen zum Dienst in einem demokratischen Staat mit; ihnen, den Unbelasteten, muß der Weg nach oben zu öffnen, wäre ein Akt der Selbstbehauptung und der Selbstachtung; Überwachernähe Mißtrauen und Verhöhnungen gegen die Bundesrepublik würde damit der Boden entzogen. Welche Einsichten scheinen - siehe Erklärungen des Bundesinnenministeriums - nicht überall zugänglich zu sein. Es fehlt einfach das Gespür der

Falsches Spiel mit den Mieten

Zwischenbilanz einer verfehlten Maßnahme

Von Dr. Hans Henrich

Mit der Freigabe der Mieten für Altbauwohnungen in den sogenannten weißen Kreisen betreibt die Bundesregierung ein gefährliches Spiel. Selbst dem Bundeskanzler, von dem man nie behaupten, seine ganze Politik habe zeitlebens im Pokern bestanden, scheint es unbehaglich zu werden. Von ihm stammt der Ausspruch: "Ich leugne nicht, daß ich manchmal vor dem Mut des Kollegen Lücke doch etwas Angst bekommen." Jetzt hat sogar der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Haus- und Grundbesitzes, Dr. P r e u s k e r, die Hausbesitzer zum Maßhalten bei den Mietanhebungen aufgefordert. Es dürfe nicht dazu kommen, sagte er, daß die unverantwortliche Handlungsweise von "ein paar verrückten Hauswirten" die schrittweise Überführung weiterer schwarzer Kreise in weiße Kreise gefährde.

"Weiße Kreise"

Nach dem Ergebnis einer dpa-Umfrage sind, obwohl noch keine Landesregierung durch Rechtsverordnung die Mieten in den "weißen Kreisen" freigegeben hat, bereits zahlreiche Kündigungen und Mieterhöhungsforderungen den Mietern übersandt worden. Die untere Grenze der Mieterhöhung liegt bei 50 Prozent, aus Saarbrücken, Kaiserslautern usw. werden 100 Prozent und mehr gereldet - und dies, obwohl die Hausbesitzer im ersten Jahr nur "angemessen" (d.h. bis 25 Prozent) erhöhen dürfen. Es gibt Hausbesitzer, die ihre Mieter jetzt vor die Wahl stellen, entweder sofort in eine überhöhte Mietsteigerung einzuwilligen oder aber zum frühestmöglichen Termin gekündigt zu werden - eine Drangsal, wie sie in Strafgesetzbuch steht.

Nachfrage und Angebot müssen ausgeglichen sein

Daß es längst noch nicht an der Zeit ist, die Mieten in 97 Kreisen, die zusammen über die Hälfte der Gesamtbevölkerung umfassen, freizugeben, ist inzwischen evident geworden. Schon die Voraussetzung ist falsch, welche am 24. Mai 1960 gegen die Stimmen der SPD verabschiedetes Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht" zugrunde legte: Mietfreigabe in allen Kreisen, in denen der Wohnungsfehlbedarf nur noch drei Prozent und weniger beträgt. Die Sachverständigen, selbst solche in Herrn Lückes eigenem Ministerium, sind der Ansicht, daß Voraussetzung für eine Mietfreigabe ein leichtes Überangebot von Wohnungen sein müsse, also 102 oder 103 statt 97 auf 100 gesuchte Wohnungen. Die Sozialdemokraten haben verlangt, daß Angebot und Nachfrage mindestens ausgeglichen sein müßten.

Beispiele

Aber selbst die von Gesetz vorgeschriebene unzureichende Zahl von 97 wird in der Praxis in der unglaublichsten Weise manipuliert.

Eine große Zahl von Gemeindeverwaltungen haben dagegen protestiert, daß sie in die Liste der freigegebenen "weißen Kreise" aufgenommen wurden. Die Stadt Bayreuth, mit nur 0,2 Prozent Defizit eingestuft, meldet ein Minus von 7,52 Prozent, Schweinfurt statt 2,9 Prozent ein solches von 1,5, Eutin gar 16,5 (statt 2,9) Prozent. Das sind nur ein paar Beispiele aus der Fülle. Der Deutsche Mieterbund weist darauf hin, daß sich unter den 16,3 Millionen Wohnungen, die Lücke in seiner Statistik aufzählt, eine Million Wohnquartiere und sechs Millionen modernisierungs- und sanierungsbedürftige Wohnungen befinden. Wenn es gar zutrifft, was der SPD-Abgeordnete Werner Jacobi behauptet, daß im Wohnungsbauministerium für die Berechnungen die Zahlen von 1956 zugrundegelegt und dazu die inzwischen neu erbauten Wohnungen hinzugezählt wurden, dann fällt es schwer, Herrn Lücke oder seinen verantwortlichen Herren nach gutem Glauben und gutem Willen einzuräumen.

Hazardspiel

Minister Lücke ist der letzte, der ein Recht dazu hätte, dem Hamburger Bürgermeister Nevoornmann wegen seines Protestes im Bundesrat gegen dieses Gesetz "Rückfall in den finsternen Marxismus der Vergangenheit" vorzuwerfen. Was sich bereits jetzt, vor der Erlassung der Rechtsverordnungen der Länder abzeichnet, rechtfertigt Paul Nevoornmanns Behauptung, daß das Gesetz "sozialrechtlich und staatspolitisch ungewöhnlich reaktionär" ist und uns in einen Rechtszustand zurückwirft, der vor dem ersten Weltkrieg bestand. Der Wohnungswucher wird Orgien feiern, Kinderbenützte werden auf die Straße geworfen werden. Appelle zum "Mäßhalten" sind in einer solchen Mangelage wirkungslos.

Daß eine Anhebung der Altbaumieten nicht zu vermeiden ist, werden die meisten Mieter selbst einsehen. Durch schrittweises Vorgehen, Festsetzung von Höchstätzen und dergleichen, hätte den Hausbesitzern geholfen werden können. Eine vollständige Mietfreigabe ist in der derzeitigen Situation ein verantwortungsloses Hazardspiel.

Das Gefährliche an der jetzt entstandenen Situation ist eine völlig unnötige Belastung der innenpolitischen Auseinandersetzungen. Auf der einen Seite wird infolge der sich als falsch erweisenden Statistiken ein gesteigertes Mißtrauen gegen behördliche Maßnahmen zu erwarten sein. Andererseits ist jetzt schon ein "Kampf aller gegen alle" zu erkennen, bei dem zu befürchten ist, daß der wirtschaftlich Schwächere den Kürzeren zieht.

+ + +

Bauherr Europas

Zum Tode von Robert Schuman

sp - Als der frühere Ministerpräsident Robert Schuman am 29. Juni 1967 75 Jahre alt wurde, nannte man ihn in der ganzen Welt den Bauherrn Europas. Jetzt ist dieser Mann, der dem freien Teil Europas nach dem zweiten Weltkrieg entscheidende Impulse zu seinem wirtschaftlichen Zusammenschluß gegeben hat, gestorben. In Luxemburg geboren, war der katholische Politiker Robert Schuman, der mehrere Male Ministerpräsident war und vielen Nachkriegsregierungen der französischen Republik als Minister angehörte, durch sein Wirken weit über die Grenzen Frankreichs hinaus, zur Versöhnung der ehemaligen Gegner des zweiten Weltkrieges beigetragen. Hierbei lag ihm besonders die Aussöhnung des deutschen mit dem französischen Volke am Herzen. Er erblickte in der engen Zusammenarbeit Frankreichs mit Deutschland eine der entscheidenden Voraussetzungen für eine zukünftige europäische Politik, wobei er allerdings seinen Blick hauptsächlich auf den deutschen Teil Deutschlands richtete. Als Robert Schuman im Mai 1950 für die Bildung einer europäischen Montanunion eintrat, entstand bald danach der Begriff "Schuman-Plan", ein Wort, das heute in der allgemeinen Sprachgebrauch übergegangen ist. Die spätere Politik Robert Schumans konzentrierte sich ganz auf das Ziel einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und auch einer Verteidigungsgemeinschaft, die allerdings von den Gaullisten heftig bekämpft wurde. Von 1955 bis 1956 war Robert Schuman zum letzten Mal Minister; sein Ressort war das Justizministerium im Kabinett Faure. Im Juni 1955 war er zum Präsidenten der Europäischen Bewegung gewählt worden.

Es ist nur wenigen bekannt, daß Robert Schuman 1940 von den Deutschen verhaftet und nach Deutschland gebracht wurde. Im August 1942 konnte er aus der Gefangenschaft fliehen; er schloß sich sofort der Widerstandsbewegung an und gehörte zu den Mitbegründern der Republikanischen Volkabewegung (RVP).

Trotz seiner hohen staatlichen Würden, die Robert Schuman nach dem zweiten Weltkriege bekleidete, und trotz seines internationalen Rufes als Bauherr Europas ist der Verstorbenen zeit seines Lebens ein äußerst bescheidener Mensch geblieben. Er war nicht verheiratet und man erzählt von ihm, daß er in seiner kleinen Pariser Junggesellenwohnung am liebsten seine Mahlzeiten selbst zubereitete. Sobald es ihm die Staatengeschäfte erlaubten, zog sich Robert Schuman immer in sein Heimatdorf zurück, wo er in langen und einsamen Spaziergängen Ruhe und Erholung suchte.

Robert Schumans Lebensabend war von Tragik umwittert. Er mußte mit ansehen, wie seit 1958, nach der Regierungsübernahme durch de Gaulle sein Lebenswerk immer mehr zerbröckelte. Es heißt, daß de Gaulle mehrfach versucht habe, Robert Schuman wieder zum Eintritt in die Regierung zu bewegen. Der frühere Ministerpräsident stellte jedoch Bedingungen im Sinne der konsequenten Fortsetzung einer europäischen Politik, die de Gaulle nicht erfüllen wollte.

Jetzt ist der Bauherr Europas verschieden. Er wird immer für die Völker Europas der Schöpfer des Schuman-Planes und der Architekt einer Politik bleiben, die nach dem zweiten Weltkrieg das Schicksal des freien Teiles Europas bestimmte.

Franco-Spanien gerät in Bewegung

Der Bergarbeiterstreik in Asturien - ein mahnendes Zeichen

Von * * *

* Ein spanischer Diplomat, dessen Namen wir aus begreif- *
* licher Gründen nicht nennen, hat uns die nachstehende *
* Analyse der Ursachen und möglichen Konsequenzen des nur- *
* mehr zwei Monate andauernden asturischer Bergarbeiter- *
* streiks zur Verfügung gestellt. Es ist dies die erste *
* zusammenfassende Darstellung von Vorgängen in Spanien. *
* Über die nur sehr spärliche Informationen in das Aus- *
* land gelangen. Ob die Niederschrift des spanischen Dip- *
* lomaten in allen Punkten den angekündigten Entwicklun- *
* gen entspricht, können wir von hier aus nicht beurteil- *
* en. Wir veröffentlichen sie trotzdem, weil wir mit dem *
* Verfasser der Meinung sind, daß die offiziellen aus Span- *
* nien zu uns gelangenden Informationen nicht ausreichen *
* um uns zu gestatten, den jetzigen Zustand des Franco- *
* Regimes annähernd richtig einschätzen zu können. *
* * *

Die Redaktion

Der asturische Bergarbeiterstreik, der am 20. Juli 1968 als Is-
olatorstreik gegen die fruchtlose Entlassung eines Arbeiters auf einer
einzigsten Grube begann, hat nach offiziellen Angaben inzwischen mehr
als 16.000 Bergarbeiter erfaßt. Alle Versuche Madrids die seitdem
in vielfacher Form unternommen wurden, die neue asturische Streik-
bewegung abzustoppen, sind gescheitert. Jetzt zeigt sich vielmehr die
Tendenz, daß im zweiten Streikmonat die Welle nun auch auf die Metall-
betriebe im spanischen Norden und über Asturien hinaus auf die Provinzen
von León und Biltwa übergreift.

Um die Ablösung Francos

Nach ist diese Streikbewegung eine Summe von lokalen und betrieb-
lichen Streiks in einem Teil von Spanien. Unter den Bedingungen der
herrschenden Polizeidiktatur hat der Streik bisher weder ein einheit-
liches und allgemeines Programm von Forderungen entwickelt, noch eine
sichtbare Führung herausgestellt. Er tritt nicht als politischer Streik
in Erscheinung. Und doch sind die bisher sichtbaren politischen und ge-
sellschaftlichen Folgerungen dieser Streikbewegung so tiefgehend, daß
sich nach den vorausgegangenen Erfahrungen mit diesen wichtigen Ein-
scheidungen zugleich eine neue Entwicklungsetappe der spanischen Innenpoli-
tik voraussagen kann. Letztlich geht es dabei um den Aufmarsch und die
einsetzende Ringen aller politischen und sozialer Kräfte des heutigen
Spaniens, inden über die Schicksalsfrage im Staat und in der Gesell-
schaft eine Entscheidung fallen muß. So gesehen ist die jetzige Streik-
bewegung, die wiederum von Asturien ausgeht, ein unachtert wichtiger Beitrag
zur Frage, wie nach einer 27-jährigen Diktaturherrschaft des Vorgesangs
und der Stagnation endlich das überalterte und immobil gewordene Franco-
regime abgelöst oder überwunden werden kann. In den Regierungs- und
Führungskreisen selbst trifft der Streik eine politische Situation vor,
in welcher alle Gruppierungen abwechselnd gegeneinander und miteinander
konkurrenz suchen, bei der erwarteten Ablösung Francos günstige Positio-
nen und damit möglichst starke Verbündete zu erlangen, um einen Platz
in einem Nachfolgeregime einnehmen zu können.

Das Volk präsentiert die Wechsel

Für die spanischen Arbeiter und die Volksmassen, die jahrelang Elendslöhne ertragen haben, geht es heute bei den Forderungen nach mehr Lohn und nach mehr Rechten, konkret um die gleiche politische Freigestellung, nur in anderen Ausdrucksformen: das Volk präsentiert dem Franco-Regime die uneingelösten Wechsel!

Wieviele öffentliche Versprechungen der Falange und offizielle Zusagen Francos auf baldige bessere Zeiten, auch für Spanien, gab es allein in den letzten fünf Jahren, nachdem vorher durch zwanzig Jahre hindurch das Volk immer wieder mit dem Hinweis auf die Verwüstungen und Verwicklungen des Bürgerkrieges, und auf die Folgen des Weltkrieges und des weltweiten "kalten Krieges" vertröstet worden war. Die endlosen Preissteigerungen und die chronisch gewordene Inflation seien endgültig zu Ende, - hieß es zuerst einige Zeit zur Rechtfertigung der niedrigen Mindestlöhne, die der Franco-Staat und seine Pseudogewerkschaften auf den Stand von ca. 3,- DM Tageslohn festgesetzt hatten. Wenn erst der Regierungsplan auf Stabilisierung der Finanzen und des Wirtschaftsaufbaus sich durchgesetzt habe, hieß es dann 1959, dann würden neue Arbeitsplätze, neue Wohnungen, neue Aufstiegsmöglichkeiten für die Jugendlichen und viele soziale Reformen in Stadt und Land auf den Fuß folgen. Ganz wie bei anderen modernen Staatswesen in Europa war nacheinander in der Francoistischen Propaganda die Rede von staatlicher Gegenmaßnahmen gegen die wucherische Bankenpolitik der großen Kapitalbesitzer, von der Notwendigkeit einer Steuerreform und von einer großzügigen Agrarreform, die vorbereitet werden sollte; ja, es wurde sogar ein Gesetz zur Ankündigung der Witbestimmung in den Betrieben auf's Tische gebracht.

Die sozialen Ventile unter Druck

Stattdessen ging aber in Wirklichkeit die würgerische Preisentwicklung, die das Volk aushungert, vor neuem weiter. Unvermindert schreitet ebenso die räuberische Kapitalkonzentration in den Händen der Banken weiter, die letztlich den kleinen Mann ruiniert und eine Vielzahl der mittleren Betriebe in volle Abhängigkeit bringt. Statt zusätzliche Arbeitskräfte zu schaffen, hat das Franco-Regime ein großzügiges Exportgeschäft mit Hunderttausenden von Gastarbeitern nach Westeuropa organisiert, um neben den Einnahmen einer fiskalischen Kopfsteuer, für jeden exportierten Gastarbeiter, vor allem eine neue, unsichtbare Minnequelle an Devisen zu schaffen. In einer Ansprache auf einer Messe in der südspanischen Stadt Murcia, erklärte Handelsminister Ullastres am 26. März 1963, in Spanien sei die Vollbeschäftigung dank der Auswanderung Tausender spanischer Arbeiter erreicht worden. Ullastres unterstrich, daß Spanien von diesen Auswanderern jährlich etwa 200 Millionen Dollar erhalte. Gleichzeitig hätten diese Wanderarbeiter durch ihre Ausreise das Problem der Arbeitslosigkeit in Spanien "gelöst". Die spanische Regierung ist also der Auffassung, daß sich Spaniens Wirtschaftsprobleme ganz leicht dadurch lösen lassen, indem Tausende von Arbeitern außer Landes gedrängt und damit von ihren Familien getrennt werden.

Es gibt heute bereits fast eine halbe Million legal und illegal ausgewandeter spanischer Arbeiter in den westeuropäischen Ländern; zusammen mit der anderen halben Million an politischen Emigranten aus der Anfangszeit des Franco-Regimes und den Auswanderern nach Übersee aus der Zwischenzeit, sind das insgesamt eine Million arbeitsfähiger und aktiver Menschen, die aus dem Land gingen, weil ihnen das Regime keine Lebensmöglichkeit mehr bot. Auch das sind, ähnlich wie im Falle der Ulbricht-Herrschaft, eine Million Menschen, die mit den Füßen gegen die Franco-Diktatur abgestimmt haben.

4. September 1965

Franco kann aber an den Pyrenäen keine Mauer errichten und er kann Spanien nicht mehr von Europa abriegeln - denn inzwischen ist der Bevölkerungsstrom aus den westeuropäischen Ländern, seitens der einreisenden Touristen und der ausreisenden emigrierten Arbeitskräfte, und ebenso der Warenverkehr von und nach Westeuropa, zur entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Existenzbasis des Franco-Regimes geworden.

Unzufriedenheit und Ungeduld steigen

Auch in Spanien macht sich neuerdings als Folge der Abwanderung in den Industriezentren ein gewisser Mangel an Arbeitskräften bemerkbar. Besonders Facharbeiter lassen sich vielfach nur halten oder zurückgewinnen, wenn ihnen die Unternehmer bessere Löhne anbieten. Es sind größere Bevölkerungsteile, die so oder so von der Abwanderung betroffen werden, und sie alle zeigen in verschiedenen Formen ihre wachsende Unzufriedenheit mit dem unfähigen Regime. Das sind einige der Zusammenhänge, warum seit knapp zwei Jahren immer mehr spanische Arbeiter sich dazu entschlossen, in Teilstreiks den Kampf um bessere Löhne und bessere Lebensbedingungen aufzunehmen. Das ist auch der Grund, warum sie heute in diesen Streiks in weiten Teilen des spanischen Volkes und selbst bei Großhändlern, Geistlichen und kleinen Unternehmern offene Sympathie und Unterstützung vorfinden.

Sieht man von den Gruppen der privilegierten und der unmittelbaren Antikriegler ab, so geht heute die Unzufriedenheit mit dem Franco-Regime bereits mitten durch alle Schichten und Klassen des spanischen Volkes. Die sicheren Stützen Francos sind heute nur noch die Spitzen der Armee, der Staatsapparats und der Falange mit ihrer Anhängerschaft, und ebenso die Häufe, die sich um den feudalen Besitz auf dem Lande und in der Stadt gruppieren. Unzufriedene und Oppositionelle gibt es heute bereits unter den bürgerlichen Konservativen, unter den Anhängern der reaktionären Kräfte, unter aristokratischen Monarchisten, wie auch unter den Spitzen der katholischen Kirche und unter manchen Unternehmern. Wahrnehmbar wird dem Franco-Regime vom spanischen Volk die letzte große Krise und die letzte Frist im Zusammenhang mit dem angekündigten Eintritt Spaniens in die EWG gewährt, doch offenbar nur mit Ausnahme einiger feingliedriger Doktrinare, einiger unbeweglicher Bürokraten und einiger feingliedriger Feudalherren restlos alle Schichten des Volkes begrüßen, erwarten und erhoffen. Nachdem die Entwicklung zeigt, daß weder Franco, noch die baldige Eintritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bis auf weiteres für Spanien illusorisch bleibt, macht sich allmählich eine erhebliche Enttäuschung gegen das Regime breit. In dieser Situation besagt die Welle der asturischen Protest- und Solidaritäts-Streiks, daß das spanische Volk und seine Arbeitermassen beginnen, ungeduldig zu werden.

Die bisherigen "Wunder"-Quellen

Um möglichst weiter Zeit zu gewinnen, belibt die Madrider Propaganda die legendäre Sage von dem vollbrachten Wunder Francos bis in die Fernezeit und in die nahe Zukunft hinein weiter. Nach dem historischen Vorbild, bei dem er angeblich in Spanien den Weltkommunismus besiegt habe, und nach dem fortwährenden Wandel aus der gegenwärtigen Zeit der Franco angeblich im Dienste Spaniens, Europas und der ganzen westlichen Welt, hinter den Pyrenäen einen standhaften militärischen und politischen Wall gegen das weitere Vordringen des Kommunismus errichtet habe, sei jetzt unmittelbar das große spanische Wirtschaftswunder in Vorbereitung. Die Redner und die Presse des Regimes überschlagen sich bei der Propagierung von immer wieder neuen Entwicklungsplänen, die landauf, landab dem nicht mehr ganz gläubigen Volk vorgesetzt werden. Hinterher wird er wahrscheinlich erklären, daß der Glaube unbedingt zum "Wunder" ge-

fort, - sonst kann es schon deswegen nicht wirksam werden. Die Mangelwirkung der offiziellen Entwicklungspläne wird aber auf jeden Fall noch lange auf sich warten lassen.

Denn nach offiziöser Angaben sehen diese Pläne voraus, daß Spanien im günstigsten Falle nach 10 bis 12 Jahren großer Kapitalaufwendungen und intensiver Arbeitsleistungen den heutigen Stand von Italien und etwa nach 20 Jahren den heutigen Stand von Frankreich erreichen könnte. Das ist im Widerspruch zu der gar nicht wandertätigen Wirklichkeit, jetzt schon das beginnende spanische Wirtschaftswunder propagiert wird. Bringt den Gedanken nahe, daß Franco heute ebenso wie seinerzeit Hitler und Stalin den Wirkungen der langjährigen persönlichen Diktatur und den berauschernden Lobhudeleien bereits erliegen ist. Der kühle Zyniker Franco scheint heute davon auszugehen, daß man mit genügend Machtmitteln und mit geschickter Propaganda unbedingt das eigene Volk und zugleich die Geschichte überlisten kann.

Daß das rebellische spanische Volk seinerzeit durch einen vorangeleiteten Generalaufstand niedergedrungen worden konnte und daß die schwächste aller europäischen Diktaturen 18 Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges noch unverändert im Sattel ist, das liefert die nationale Erklärung dafür, warum das Franco-Regime von dem Volk befehlen ist, es-erzeuge fortwährend neue "Wunder". Tatsächlich war das spanische Volk nach den drei Jahren des Bürgerkrieges von 1936 bis 39 durch den Verlust von einer Million Leben ausgeblutet, zutiefst verarmt, müde und erschöpft. Obwohl bei Kriegsende in Europa die großen faschistischen Mächte und ihre materiellen Hilfspolken nicht mehr bestanden, gelang es dem Franco-Regime, von der Mäßigkeit und Sanftmütigkeit des eigenen Volkes weiterzuleben.

Die Mitverantwortung der Umwelt

In dieser kritischen Situation haben damals die großen strategischen Fehlspeditionen des Katastrophenpolitikers Stalin, der in vielfacher Hinsicht bereits zu den militärischen Niederlagen und dem zur Vernichtung der spanischen Republik beigetragen hatte, wiederum indirekt Franco einen Ausweg und eine neue Atempause ermöglicht. Denn Stalins revolutionäre Offensivpolitik und seine Praxis des kalten Krieges boten dem Franco-Regime die Chance, im Gefolge des einsetzenden kalten Krieges die ursprüngliche absolute außenpolitische Isolierung zu überwinden und gewinnbringend das spanische Territorium als antikomunistische Hilspolition anzubieten. In der Regierungszeit von Dulles-Miscrower hat die Verpachtung von Flugzeug- und Flottenbasen dem Franco-Regime eine laufende finanzielle Unterstützung von insgesamt 1,500 Millionen Dollar eingebracht. Somit waren scheinbar die entscheidenden Existenzprobleme des Regimes, die vor allem die Existenzprobleme der Elitenabschichten und der Machtorganisationen sind, langfristig "gelöst". Und tatsächlich war so die finanzielle Basis zur Aufrechterhaltung der Armee die über ein Drittel des spanischen Staatseinkommens verschlingt, bis auf weiteres gesichert.

Doch dann wurden durch Veröffentlichungen der Weltpresse in Spanien selbst bekannt, welche Umsatzen an Devisen die führenden Gestalten des Franco-Regimes in die sicheren Bankdepots der Schweiz verschickten hatten. Entweder waren Dollar-Millionen als Subsidien unmittelbar abgezweigt worden, oder aber die Geschäftspraktiken im Schatten des Staates, die verschiedenartigen Kontrakte und Monopole, boten ihnen sicheren Millioneneinkommen ...

Franco mußte sich 1957 - 58 unter dem Druck der ausländischen Goldgeber und unter dem Eindruck des wirtschaftlichen Aufstiegs Westeuropas dazu entschließen, dem jahrelangen räuberischen Wirtschaftskrus auf Borg

1000 Inflation und auf "selbstgemüßsame" Autarkie abzusagen. 1958 folgte der "Stabilisierungs-Plan", dessen Kosten wegen der stark eingeschränkten Arbeitsmöglichkeiten und der weiterhin gesenkten Arbeitslöhne in erster Linie von den Arbeitern zu tragen waren. Den Staat selbst und seinen Profiteuren ging es dabei recht gut. Der Zufluß von Auslandskapital wurde in die Wege geleitet. Da Washington unter der Regierung Kennedys im Jahre 1962 seine Zahlungen auf 15 Millionen Dollar reduziert hatte und 1963 weitere Freundschaftszahlungen einstellte, sprang Bonn mit 200 Millionen hilfreich an dessen Stelle ein. Inzwischen waren die Devisengewinne der Tourismus-Industrie und die Einzahlungen der emigrierten Arbeiter zu der wichtigsten Aktivposten der Zahlungsbilanz aufgestiegen. Das Wunderwerk der anhaltenden stabilen Herrschaft des Franco-Regimes sollte jetzt nur noch für die nächsten Jahre durch den Eintritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft eine volle Absicherung erhalten.

Spanien im Zustand der Modernisierung

Trotz allen Widerwillens gegen Europa und seinen "zerstörten Berufsstand", erlaubte die Umstellung des Franco-Regimes auf einen baldigen Anschluß an die europäische wirtschaftliche Entwicklung und auf einen beschleunigten Eintritt in die EWG aus einer geographischer Zonenlage heraus. Seit zwei Jahren ist der Generalissimo Franco von dem E. straben diktiert, selbst um den Preis äußerlicher politischer Zugeständnisse und gewisser optischer Veränderungen im Inneren Funktionieren des westeuropäischen Zusammenschlusses und der EWG zu erreichen.

Unter der voraussetzenden geistigen Führung der klugen Köpfe aus dem konservativ-katholischen Salernorden "Opus Dei" wurde der offizielle Kurs der Franco-Regierung darauf orientiert, im Einklang mit allen konservativen Kräften der EWG-Mitglieder und gegen den Widerstand der europäischen Linken rechtzeitig die Zulassung des heutigen Spaniens zur EWG zu erwirken. Es wurde in allen Kreisen der allmählich sich überlegenden Franco-Diktatur zur Gemeingut, das der Anschluß an die EWG und die Verlagerung sämtlicher offener spanischer Probleme nach Europa, wahrscheinlich die größte große Chance dieses Regimes bildet, ohne tiefe Erschütterungen durchzuhalten.

Nur mit Hilfe von Europa und der EWG gab es für das Franco-Regime eine Aussicht, die in einer gewissen Anpassung an die Zeit und die gesellschaftlichen Notwendigkeiten erstmalig der unerträglichen gewordenen Rückständigkeit der industriellen und agrarischen Produktionsverhältnisse des Landes entgegenzuwirken und verschiedene unvermeidliche Schritte zur Modernisierung einzuleiten - und dennoch in der Gemeinschaft zu überleben. Das Europa, das Franco erstrebt, ähnelt sehr den jahrelangen Vorstellungen mancher lateinamerikanischer Regierungsführer von der doppelten Funktion und den großartigen Möglichkeiten einer passiven und garantierten europäischen Entwicklungshilfe, um so die Aufrechterhaltung der eigenen Privilegien auf längere Dauer zu sichern. Das beinhaltet im Grunde dann aber auch die Notwendigkeit, einer Umorientierung, von den bisherigen rückständigen "Regierungsmethoden", der gnadenlosen Ausbeutung des eigenen Volkes zu den "moderneren Geschäftsmethoden" der starken Selbstbeteiligung am "Aufbau und an der Entwicklung des Landes". Allerdings, zum Teil auf Kosten anderer Völker und wesentlich finanziert durch deren Leistungen und deren Beitrag.

Kein europäischer Ausweg mit Franco !

Aber der Kurs auf Europa eröffnete nicht nur für das Franco-Regime, sondern für ganz Spanien einen möglichen Ausweg aus der verelenden und scheinbar verewigten gesellschaftlichen Existenzkrise. Das war ein hoffnungsvoller Ausblick auf eine unmittelbare bessere Zukunft, zu der

4. September 1963

nacheinander alle Volksschichten erwartungsvoll und leicht enthusiastisch ihre Blicke wandten. Die Industriellen und die Bankiere schufen Projekte für neue und erweiterte Kapitalanlagen und machten Vorbereitungen für spanisch-europäische Konsortien, für gemischte Gesellschaften, die planlos feberhaft die große Ausweitung aller Geschäftsvorbereitungen. Der Handel hoffte auf den Zufluß billiger Waren aus Europa und auf seine Beteiligung am Ausbau eines großzügigeren und modernen Handelsnetzes - und schon begann die Handelsproklame auf die kommende Belohnung sich einzustellen. Jugendliche, die vorwärtsstrebenden Studenten, Akademiker, Intellektuelle und viele sonstige unterbezahlte und halb arbeitslose Existenzen aus den Angestelltenberufen schöpften Hoffnung, daß ein bevorstehender wirtschaftlicher Aufschwung bessere Arbeitsplätze nach sich ziehen werde. Die Armee eröfnete Gespräche und traf Vorbereitungen, wie man das spanische Heer mit neuer Waffen und moderner Ausrüstung verstärken kann. Die Landwirtschaft drängte auf eine schnelle EWG-Mitgliedschaft, da sonst die zu erwartende Konkurrenz der italienischen und der anderen bevorzugten "innereuropäischen" Agrarproduzenten die spanischen landwirtschaftlichen Produkte vom großen westeuropäischen Markt verdrängen werde. - Beispielsweise ergeben die Vorzugszölle der EWG für den Orangenausfuhr, daß ab Januar 1963 die Zollsätze für italienische Orangen um 7 bis 10 Prozent sich vermindern, während die aus der Iberischen Halbinsel Spanien gleichzeitig um 10 bis 13 Prozent ansteigen. Entweder es gelingt der baldige Anschluß an die EWG, oder aber der Staat wird Kompensationen, Zuschüsse und Ausfülle zahlen müssen. - Nicht es geht von verschiedenen Seiten.

Die Gesellschaftsschichten, die bisher schon vom staatlichen Wirtschaftskreis stark profitierten, und mittels der "eingefrorenen" niedrigen Löhne und der steigenden Preise Extraprofite herauskallten, schrieben jetzt verstärkt nach neuen Zuschüssen und Kapitalaufwendungen - um für die Einbeziehung in den europäischen Markt rechtzeitig vorher "stark" zu werden. Der Zwang nach Europa sei für alle ein Zwang zur Modernisierung - und dazu müßte der Staat zusätzliche Mittel bereitstellen. Daß der Zug zur Modernisierung aber auch die Lebensbedingungen und die Löhne der Arbeiter betreffen muß, das war nach 25 Jahren Franco-Diktatur so neuartig in der Fragestellung, daß die herrschenden Spanier ihre Verwunderung über die "aufständigen Arbeiter" immer noch zu vermindern haben. Als letzte zwar unter allen sozialen Schichten, um so hartnäckiger aber begannen in Spanien ab Ende 1961 die Arbeiter aus einzelnen Betrieben, bestimmter Gruppen und einzelner Industriezweige gerechtere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu fordern. Seitdem hält wellenartig in Spanien eine Streikbewegung an, die vorerst Asturien und Katalonien zum Zentrum hat.

Die neue Streikwelle - ein Signal

Die Streikwelle dieses Jahres begann am 20. Juli. Vielleicht hat es nicht zufällig, daß diese entscheidene Protestbewegung der spanischer Arbeiter genau zwei Jahre danach begann, nachdem die Nationalisten des Regimes, mitsamt der Armee, den verpflichteten Beamten mit großem Propagandistischen Aufwand zum 28. Mal den Jahrestag von Francos Aufstand gegen die Republik gefeiert hatten. Die Streikbewegung von 1963 ist in Wirklichkeit bereits die Ankündigung, daß die offene soziale und politische Krise des Franco-Regimes eingesetzt hat.